



Foto: Jörg Rückmann

Gesine Löttsch – hier beim Neujahrsempfang der Bundestagsfraktion der LINKEN zusammen mit Oskar Lafontaine und Christian Petermann – ist wieder die Spitzenkandidatin der Lichtenberger LINKEN für den Bundestagswahlkreis 087.

Den Bundestag im Visier

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Tag für Tag werden durch neoliberale Politiker Gegensätze konstruiert, die die Menschen gegeneinander aufbringen sollen – sei es Ost gegen West, Frauen gegen Männer, Kranke gegen Gesunde, Arme gegen noch Ärmere. Ich habe in den letzten Jahren erfahren, dass es unendliche Mühe bereitet, den Menschen deutlich zu machen, welch böses Spiel die Regierenden inszenieren, um von den grundsätzlichen Widersprüchen abzulenken. Ich will weiter gegen diese Ablenkungsmanöver vorgehen und den Menschen zeigen, wer sich hinter den Kulissen die Taschen vollstopft.

Im Haushaltsausschuss des Bundestages habe ich in den letzten Jahren viel gelernt, und ich kann sagen, dass der Finanzminister mir kein X für ein U mehr vormachen kann. Die Vorschläge der LINKEN wurden von den neoliberalen Politikern und Journalisten verrissen. Jetzt zeigt sich, dass unsere Konzepte, an denen ich als Haushaltspolitikerin mitgearbeitet habe, zwar von der Regierung aufge-

nommen, aber neoliberal umgestrickt werden. Das aktuelle Konjunkturprogramm zeigt, dass die Bundesregierung nicht bereit ist, ihren Kurs zu ändern. Ich will deshalb in einer starken Fraktion DIE LINKE gegen diese Einbahnstraße der Umverteilung kämpfen.

Ein wichtiges Thema, das ich weiter verfolgen will, ist die Entwicklung in Ostdeutschland. Ich werde mich für die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West einsetzen und für eine neue Sachlichkeit im Umgang mit unserer Geschichte streiten.

Als Abgeordnete werden mir täglich kiloweise Analysen, Statistiken und Strategiepapiere zugeschickt, doch diese Papiere können nicht die Gespräche mit den Bürgern ersetzen. Von 2005 bis 2008 haben mich rund 6 500 Lichtenberger im Bundestag besucht, darunter Minijobber, Antifaschisten, Schüler – ein sehr breites Spektrum. Die Erfahrungen, die ich in diesen Gesprächen und den vielen Begegnungen in Lichtenberg gewonnen habe, sind und bleiben mein wichtigster Schatz in der Auseinandersetzung mit den Neoliberalen, die sich noch längst nicht geschlagen gegeben haben.

Ich will das Vertrauen rechtfertigen, das mir auf der Vertreterversammlung der LINKEN so eindrucksvoll entgegengebracht wurde.

Den Widrigkeiten zum Trotz

Von Bezirksstadtrat Dr. Andreas Prüfer

Finanzkrise, Bankencrash, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit – ein optimistischer Jahresausblick fällt nicht leicht.

Die Konjunkturprogramme müssen zu öffentlichen Investitionen führen, die nachhaltig mehr Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit in der Region bewirken. Dass Berlin mit zusätzlichen 50 Mio. Euro für die Schulsanierung aufwartet, ist ein richtiges Zeichen. Ich werde alles daransetzen, dass die dabei für uns zur Verfügung stehenden ca. 3 Mio. Euro ordentlich „verbaut“ werden.

Auch 2009 werde ich nicht müde, für die Industriestandorte im Osten der Stadt zu werben. „Berlin eastside – der Standort für Unternehmen“ ist unser Kernprojekt. Mit dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf wollen wir noch mehr tun, um die Qualitäten der größten Gewerbegebiete Berlins bekannt zu machen.

Mit einem Tourismusprojekt soll gemeinsam mit Unternehmen über die Stadtgrenzen hinaus deutlich werden, nicht nur Kuddamm und Friedrichstraße, auch Lichtenberg ist eine Reise wert!

Mit dem Sitz der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft ist Lichtenberg nach wie vor Standort der größten Berliner Fachhochschule. Ab dem 1. April wird mit der Fusion der Lichtenberger Verwaltungsfachhochschule und der Schöneberger Wirtschaftsfachhochschule zur „Hochschule für Wirtschaft und Recht“ mit dem Kernstandort Alt Friedrichsfelde 60 die Attraktivität des Bildungsstandorts Lichtenberg erneut wachsen.

Das sind die Signale, die der Bezirk den Widrigkeiten zum Trotz braucht.

In dieser Ausgabe

- Neuer Internetauftritt der Lichtenberger LINKEN (Seite 2)
- Gegen Straßenlärm (Seite 3)
- Soziale SPD passé? (Seite 4)
- Wahlnachlese Hessen (Seite 5)
- Gegen soziale Schieflage (Seite 6)
- Krise und Demokratie (Seite 7)



Barbarei

Ich wohne am Anton-Saefkow-Platz 4 und wurde heute früh (14. Januar) um 7.30 Uhr (es war noch dunkel) Zeugin dieser mir unverständlichen Baumfällung. Wie ein Überfallkommando ging es ratzdifax mit der Säge, und weg waren die Bäume, sofort aufgeladen und ab damit ins Niemandsland. Diese Hautruck-Aktion hat noch nicht mal eine Stunde gedauert. Ich hatte den Eindruck, dass dieser Einsatz sehr schnell über die Bühne gehen sollte, denn ehe man es sich versah, war alles schon vorbei, und niemand konnte mehr auf die Baumfäller zugehen, um diesen Unsinn zu diskutieren bzw. aufzuhalten.

Diese Bäume waren die ersten Frühlingsblüher auf dem Anton-Saefkow-Platz. Wie kann man solch einen Unsinn genehmigen? Sollten wir nicht die Umwelt schützen, anstatt

sie zu vernichten? Warum nur wurden diese schönen und gesunden Bäume gefällt? Pfu Teufel, Herr Umweltstadtrat! Mit enttäuschten Grüßen,
H. von Kiedrowski

Keine Achtung vor dem Bürger

Zur versuchten Rechtfertigung der Missachtung des Bürgerwillens und zur Nichtbeteiligung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit bei der Baumfällung am Fennpfuhl erklärte Michael Grunst (DIE LINKE):

„Die Selbstgefälligkeit, mit der SPD-Stadtrat Geisel BVV-Beschlüsse missachtet, mag man aufgrund seiner parteiinternen Querelen noch verstehen, die Selbstgefälligkeit seiner Amtsführung aufgrund seiner Amtsdauer noch verzeihen. Die Missachtung des Bürgerwillens ist aber dann doch ein bisschen viel. Was SPD-Stadtrat Geisel offenbar fehlt, ist die Achtung vor dem Bürger.“

Selbstverteidigung?

„info links“ veröffentlichte in Ausgabe 8/08 einen Beitrag von Dr. Hans Voß, DDR-Botschafter a. D., zum Fünf-Tage-Krieg zwischen Georgien und Russland. Der Autor wendet sich darin entschieden gegen die Versuche der USA und der übrigen NATO-Staaten, Russland des Völkerrechtsbruchs zu überführen.

Inzwischen kann wohl kaum jemand mehr ernsthaft bezweifeln, dass es Georgiens Präsident Saakaschwili war, der mit seinem Überfall auf die südossetische Hauptstadt in der Nacht zum 8. August das Völkerrecht gebrochen hat.

Irritiert hat mich jedoch die Formulierung, bei Russlands militärischem Eingreifen zugunsten von Abchasien und Südossetien habe es sich um einen völkerrechtlich legitimierten „Akt der Selbstverteidigung“ gehandelt. Russland ist doch gar nicht angegriffen worden.

Dennoch trifft es zu, dass Russland mit seiner bewaffneten Intervention keinen Völkerrechtsbruch begangen hat.

Am 24. Oktober 1970 verabschiedete die UNO-Vollversammlung eine „Prinzipienerklärung“. Darin wird festgestellt, dass alle Völker das Recht haben, „ohne Eingriff von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und frei ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung zu verfolgen, und jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht ... zu achten.“

In dieser allgemeinen Form geschieht das in Bekundungen der Vereinten Nationen nicht zum ersten Mal. In der Erklärung von 1970 wird aber präzisiert:

„Die Errichtung eines souveränen und unabhängigen Staates, die freie und unabhängige Vereinigung oder Verschmelzung mit einem unabhängigen Staat oder der Übergang zu irgendeinem anderen, vom Volk frei bestimmten politischen Status stellen Verwirklichungen des Selbstbestimmungsrechts durch das betreffende Volk dar. Jeder Staat ist verpflichtet, von Gewaltmaßnahmen Abstand zu nehmen, die vorerwähnte Völker daran hindern, den hier in Rede stehenden Grundsatz ihres Rechts auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit zu verwirklichen. Solche Völker sind, wenn sie gegen dergleichen Gewaltmaßnahmen in Verfolgung der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts Widerstand leisten, berechtigt, in Übereinstimmung mit den Ziel- und Grundbestimmungen der Satzung Unterstützung zu erbitten und zu erhalten.“

Genau das war im August im Südkaukasus geschehen.
Ronald Lötzsck



Foto: Rühle

Ein Foto aus dem Frühjahr 2007: Blühende Bäume auf dem Anton-Saefkow-Platz

Mitstreiter gesucht

Der Aufmarsch der Nazis am 6. Dezember vergangenen Jahres in Lichtenberg hat gezeigt, dass es noch viel zu tun gibt, um Rechtsextreme wirksam zu bekämpfen. Die Karlshorster Initiative gegen Rechtsextremismus sucht motivierte Mitstreiter. Die Initiative trifft sich am zweiten Dienstag eines Monats jeweils um 18.30 Uhr im Kulturcafé des Soziokulturellen Zentrums Lichtenberg Süd im Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112. Der nächste Termin ist der **10. Februar** – an diesem Tag aber ausnahmsweise erst um 19 Uhr.

Neuer Internetauftritt

Nicht nur der Papst, auch der Bezirksverband Lichtenberg der LINKEN präsentiert sich mit einer neuen Internetseite. Sie ist an das Erscheinungsbild des Landesverbandes Berlin angepasst. Man findet sowohl die neue „info links“, aber auch alle bisher erschienenen Ausgaben. Neu sind die Rubriken Basis und Linksjugend, sie müssen aber mit Angeboten der Basisorganisationen sowie den Mitgliedern der Linksjugend Lichtenberg noch interessanter gestaltet werden. DIE LINKE freut sich auf viele Besucher und neue Kontakte. Danke an alle, die uns beim Aufbau der neuen Seite geholfen haben. Also dann, auf geht's: www.die-linke-lichtenberg.de.
W. Schmidt



Klagen wegen Straßenlärm

Vor fast zwei Jahren beantragte DIE LINKE in der BVV in weiteren Straßen des Bezirks Tempo 30 ganztägig oder zumindest nachts einzuführen. Danach passierte lange nichts. Auf eine parallel eingebrachte Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus vom März 2007 wurde geantwortet, es „müsse noch geprüft“ werden – bei einigen Straßen lief zum Zeitpunkt der Antragstellung diese Prüfung schon über zwei Jahre.

Erst das Lärminderungsprogramm von Senatorin Katrin Lompscher machte es möglich, dass auf fast allen beantragten Straßen inzwischen ganz oder teilweise Tempo 30 eingeführt wurde – und darüber hinaus noch in einigen anderen lärmbelasteten Straßen. Die Liste der Straßen kann der Vorlage des Bezirksamtes DS/0152/VI entnommen werden.

Noch gibt es Lücken

So wird Tempo 30 mit teils abenteuerlichen „Begründungen“ verweigert: In der Lückstraße soll die Geschwindigkeitsbegrenzung eine Behinderung für den Busverkehr darstellen – es geht um knapp 700 m, die eine „Fahrzeitverlängerung“ von gerade mal einer halben Minute bedeuten und die wegen ständiger Baustellen oft ohnehin kein höheres Tempo als 30 km/h zulassen. Andere Straßen wurden gar nicht berücksichtigt, weil „die Lärmbelas-

tung nicht so groß“ wäre. Was aber unterscheidet den Lärm z. B. der Werneuchener/Liebenwalder Straße von dem der Simon-Bolivar-/Zechliner Straße?

Und es gibt Chancen

In verschiedenen Hauptverkehrsstraßen in Berlin wurde in den vergangenen Jahren auf teilweise recht kurzen Abschnitten Tempo 30 aus manchmal kaum einleuchtenden Gründen angeordnet. In diesen Abschnitten hatten Bürger mit einer Klage wegen des großen Straßenlärms gedroht – um das zu vermeiden, wurde Tempo 30 eingeführt. Vielleicht finden sich in der Simon-Bolivar- und Zechliner Straße auch Bürger, denen die Lärmbelastung unerträglich wird und die gegen das Land Berlin klagen würden? *Reiner Hofmann*



Foto: J. Rückmann

Aktiv im Alter

Der demografische Wandel der Gesellschaft ist in aller Munde. Das fordert zu neuen Ideen heraus. Das Bundesministerium für Senioren hat ein Programm „Alter schafft Neues“ aufgelegt. Es soll das angehäuften große Wissen und Können der aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Generation für die Gesellschaft nutzbar machen.

Das Projekt „Aktiv im Alter“ ist Teil dieses Programms. Es wird derzeit in 50 Kommunen erprobt, 200 werden demnächst folgen. Lichtenberg gehört zu den ersten Kommunen, die mit der Umsetzung beginnen. Nach dem Ein-schluss dieser Ausgabe fand am 28. Januar ein Bürgerforum in der „Kiezspinn“ statt, das möglichst viele für das Projekt interessieren sollte.

Zunächst gilt es herauszufinden, was den Lichtenbergern für ihr aktives Leben vorschwebt. In einer „1.000-Wünsche-Box“ sollen Vorschläge, Hinweise, Kritiken der Einwohner

gesammelt werden. Sie sollen das Handeln im Jahr 2009 und darüber hinaus bestimmen. Die erste Box stand, nachdem im Seniorenheim „Aronstein“ in der Falkenberger Chaussee die erste Infoveranstaltung stattfand, über längere Zeit in der dortigen Begegnungsstätte. Zur Nacht der Politik, am 16. Januar 2009, stand die Box im Rathaus und dann in der Kiezspinn.

Zurzeit liegen über 150 „Wunschzettel“ vor. Sie sollen dazu beitragen, dass die Bürgerkommune Lichtenberg auch das Zusammenwirken der Generationen anders gestaltet als bisher allgemein üblich. Rentner und Vorruheständler sollen willkommene, aktive Mitglieder der Bürgerschaft sein, ihre Meinung und ihr Tun sollen geachtet, ihr Alter akzeptiert werden. Wir laden alle Interessierten, Junge und Alte ein, mitzumachen, Ideen zu entwickeln und sie auch mit umzusetzen. Es geht um die Zukunft des Bezirks, wenn auch die Alten im Mittelpunkt stehen. Aber alt werden wir alle einmal. *Jürgen Steinbrück*

Armut und Gesundheit

Am 5. und 6. Dezember 2008 fand in Berlin der 14. Kongress „Armut und Gesundheit“ statt. Etwa 1700 Gäste aus allen Regionen der Bundesrepublik – Sozialarbeiter und Wissenschaftler, Vertreter der Krankenkassen sowie der Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Mitarbeiter des öffentlichen Gesundheitsdienstes und viele in Sozialprojekten ehrenamtlich Tätige – trafen sich zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch unter dem Motto „Gerechtigkeit schafft mehr Gesundheit für alle“.

Der Zusammenhang von Armut und Gesundheit steht seit 14 Jahren im Brennpunkt der Berliner Beratungen. In dieser Zeit hat sich ein bundesweites Netzwerk gebildet, das viele Sozialprojekte auf den Weg gebracht hat. Diese haben auch in Berlin Veränderungen bewirkt. Die wichtigste ist, dass sozial benachteiligte Menschen durch ehrenamtliches Wirken die notwendige Aufmerksamkeit für ihre Probleme finden.

Gesundheit ist nicht allein eine Frage der Medizin. Sie ist vielmehr untrennbar verbunden mit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Arbeit, an einer intakten Umwelt und Bildung. Sie ist – so definiert es die Weltgesundheitsorganisation (WHO) – soziales Wohlbefinden. Es ist zu begrüßen, dass der Kongress darüber beriet, wie diese Teilhabe konkret für alle garantiert werden kann.

Erstmalig stand – auf Initiative von Ingeborg Simon – das Thema „Armut Ost – ein Ergebnis der Wende?“ auf der Tagesordnung. Im Mittelpunkt dieses Forums standen die Auswirkungen des politischen Systemwechsels nach 1989 auf das soziale Befinden der Bürger im Osten Deutschlands. Dazu sprachen Professor Christa Luft und die Chemnitzer Bürgermeisterin Heidemarie Lüth, die Mitarbeiterinnen des Instituts für Sozialdatenanalyse Dr. Ursula Schröter und Renate Ullrich, der Referent für Sozialpolitik beim Bundesvorstand der Volkssolidarität Alfred Spieler, Kerstin Lauterbach von der Partei DIE LINKE in Sachsen und Marianne Linke aus Mecklenburg-Vorpommern.

Da dieser jährlich stattfindende Kongress bundesweit und international große Beachtung findet, war es wichtig, dass Politiker der LINKEN auftraten und die Armut im Osten Deutschlands unter verschiedenen Aspekten zum Thema machten. Für die Zukunft wünsche ich mir noch ein stärkeres Engagement der LINKEN, und zwar aus gesamtdeutscher Sicht. Denn Armut gibt es nicht nur im Osten, und Gesundheit muss auch im Westen teuer bezahlt werden. *Inge Junginger*



Soziale SPD passé?

Unsozial agierten die Bezirksverordneten der SPD in der BVV-Tagung am 24. Januar. Erstmals griffen sie öffentlich den Kern der Bürgerkommune Lichtenberg an: Sie forderten mit einem Änderungsantrag, das Stadtteilmanagement zur Deckung des 165 000-Euro-Defizits bei den Freien Trägern der Jugendhilfe heranzuziehen. Trotz einer Stellungnahme des Rechtsamtes über die Unzulässigkeit dieses Antrages zog ihn die SPD nicht zurück. Das offenbart ein merkwürdiges Demokratieverständnis. Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE sorgten dafür, dass es auch weiterhin fünf statt nur eine Stadtteilmanagerin für Bürger und Vereine geben wird.

Leider fand die Vorlage des Bezirksamtes zur Freigabe von 165 000 Euro für die Finanzierung der Leistungsverträge mit freien Trägern keine Mehrheit. Die SPD stimmte gegen ihre eigenen Bezirksamtsmitglieder! Nun sind die Vertragsabschlüsse mit den Freien Trägern der Jugendhilfe in Gefahr. Das ist auch eine schlechte Nachricht für die vielen Kinder und Jugendlichen, die sich bereits auf Ferienfahrten gefreut haben. Das dafür vorgesehene Geld wird nun für die fehlenden 165 000 Euro bei den Freien Trägern benötigt.

Christian Petermann, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, sagte dazu: „Die jungen Menschen im Bezirk hätten alles haben können, Ferienfahrten und Freizeitangebote. Stattdessen hat die SPD mit ihrer egoistischen Haltung alles blockiert. Ist das der kinder- und familienfreundliche Bezirk, den die SPD gerne anführt?“

Joachim Pampel

Gedenkstele



Foto: Joachim Pampel

Im Umfeld des heutigen Fennpfuhlparks befanden sich zur Nazizeit mehrere von über einhundert Zwangsarbeiterlagern im Bezirk Lichtenberg. Am 23. Januar wurde eine Gedenkstele aufgestellt, die an all jene Menschen erinnert, die vom Naziregime aus allen Teilen Europas hierher verschleppt und auch in Lichtenberg zur Arbeit vorwiegend in der Kriegswirtschaft versklavt wurden. Zur Einweihung sprach Professor Jürgen Hofmann.

● Infos: www.die-linke-lichtenberg/BVV

Joachim Pampel

Haushalt 2008 mit Plus

Beim Neujahresempfang des Bezirksamtes am 16. Januar informierte die Bezirksbürgermeisterin darüber, dass der Bezirk 2008 mit einem Plus von 3,1 Millionen Euro abschließt.

Dazu erklärt Fraktionsvorsitzender Christian Petermann: „Das zeugt von einer ebenso seriösen wie erfolgreichen Finanzpolitik des Bezirksamtes, die seit Jahren von Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich verfolgt wird. Meine Fraktion fühlt sich dadurch bestärkt, auch weiterhin für einen sozial ausgewogenen Bezirkshaushalt zu streiten. Selbstverständlich bleibt unsere Forderung auf vollen Ausgleich der Kosten für die Hilfen zur Erziehung durch den Senat bestehen.“

Kulturprojekte

Der Kulturbeirat hat in einer gemeinsamen Sitzung mit der Kulturstadträtin Katrin Framke (DIE LINKE), dem Vorsitzenden des Kulturausschusses Prof. Jürgen Hofmann (DIE LINKE) und der Leiterin des Kunst- und Kulturamtes Dr. Ute Müller-Tischler Projektanträge an den Bezirkskulturfonds Lichtenberg beraten. Elf Projekte sollen 35 671 Euro erhalten. 29 Anträge mit einem Antragsvolumen von 158 132 Euro lagen vor.

Förderkriterien sind sowohl innovative als auch regionale Ansätze sowie die künstlerische Qualität der einzelnen Projektvorhaben. So wird z. B. der britische Künstler Francis Gomila kleine Andachtsschreine im öffentlichen Raum errichten und damit vielfältige Stimmen zum Stadtgebiet einsammeln.

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Marke brandmarken

Über bestimmte Nutzer der Kleidungsmarke „Thor Steinar“ klärt eine Broschüre auf, die jetzt in allen Lichtenberger Bibliotheken zu finden ist. Sie hilft, die Verbreitung rechts-extremer Symbolik in der Mitte der Gesellschaft zu behindern.

Wappenstandorte

Die Gensinger Brücke und das Gebäude Alt-Friedrichsfelde 60 sind gegenwärtig als Standorte denkbar, an denen das Lichtenberger Wappen weithin sichtbar gemacht werden könnte. Der Bezirk besitzt jedoch über beide keine Entscheidungshoheit, teilt das Bezirksamt mit.

Ausstellungsbilanz

2008 fanden in den 7 kommunalen Galerien des Bezirkes 32 Ausstellungen statt. An den Expositionen, die von Malerei, Grafik über Fotografie bis zur Plastik reichten, beteiligten sich 17 Künstler. Mit 214 m² besitzt der Ratskeller die größte Ausstellungsfläche.

Kein Prinzenviertelbus

Ab Mitte 2009 wird die Straßenbahnlinie 37 bis zur Endschleife Blockdammweg führen. Das gewährleistet die Anbindung einer neuen Karlshorster Grundschule an die öffentlichen Verkehrsmittel. Die SPD-Fraktion in der BVV hatte auf eine Erweiterung der Buslinie durch das Prinzenviertel gehofft.

Barriere wird beseitigt

Der nördliche Gehweg der Frankfurter Allee und die Gehwege zu beiden Seiten der Bürgerheimstraße werden 2010 angeglichen. Darüber informierte das Tiefbauamt die Lichtenberger Bezirksverordneten und den Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Grundschulstatistik

1 630 Kinder sind 2008 eingeschult worden, davon 84 an Lichtenberger Privatschulen. Aus anderen Bezirken besuchen 74 Kinder erste Klassen in Lichtenberg, während 90 ABC-Schützen außerhalb des Bezirkes eingeschult worden sind. 2009/2010 werden 1 885 Schulanfänger im Bezirk erwartet.

Hessische Ergebnisse und Erlebnisse

Von Daniel Tietze, Wiesbaden



Foto: Silke Wenk

„Die Wahl wird in den letzten 48 Stunden davor entschieden.“ Um diese Chance so gut wie möglich zu nutzen, hatten sich am Freitag vor der Landtagswahl in Hessen 39 Berliner und Brandenburger auf den Weg nach Hessen gemacht. Auch einige Lichtenberger waren dabei, wie zum Beispiel Peter Krull, hier beim Verteilen von Handzetteln in Kassel. Und die Mühe hat sich gelohnt: Mit 5,4 Prozent zog DIE LINKE abermals in den hessischen Landtag ein. In Kassel entschieden sich sogar 8,3 Prozent für DIE LINKE.

Silke Wenk

Am 18. Januar wurde in Hessen das „Superwahljahr“ 2009 eingeläutet. Der politische Journalismus hatte wieder einmal Grund für allerlei Farben-, Lager- und Personalspekulationen. Was jedoch bei all den Spekulationen und der mythischen Überhöhung der FDP als Lager des aufgeschreckten Bürgertums „vergessen“ wurde, ist die Tatsache, dass der LINKEN trotz Gegenwindes aus allen Richtungen der Wiedereinzug in ein westdeutsches Flächenland gelungen ist. Damit hat sich DIE LINKE in den alten Bundesländern als fünfte Kraft stabilisiert.

Einigen Genossinnen und Genossen fiel es am Wahlabend trotzdem schwer, diesen Wiedereinzug zu feiern. Das ist verständlich angesichts des von der SPD vereitelten Politikwechsels in Hessen und auch ob der vielen Steilvorlagen einzelner Ex-„Genossen“ für die konkurrierenden Parteien.

Der fehlenden Solidarität Einzelner standen jedoch viele begeisterte Wahlkämpfer gegenüber. Auch aus meinem alten Bezirk Lichtenberg unterstützten uns einige Genossen

für mehrere Tage und standen bei widrigsten Verhältnissen der hessischen LINKEN bei. Der Wiedereinzug der LINKEN in den Hessischen Landtag ist genauso ihr Erfolg wie der der mehr als 2 000 hessischen Genossen. Was nun „blüht“, sind die alten Verhältnisse im Antlitz eines zum Paulus gewandelten Koch. Die mehr als hunderttausend Wähler der LINKEN können sich jedoch darauf verlassen, dass die LINKE als starke Opposition im Parlament und außerhalb an konkreten und abrechenbaren Alternativen zur neoliberalen Politik von CDU und FDP arbeiten wird. Dazu wird sie auch den nötigen Parteaufbau in den neuen Bundesländern voranbringen.

Statt medial hochgepuschter Austrittsmeldungen und übler Nachreden hat nur eine gemeinsam und solidarisch auftretende Partei eine Chance, sich langfristig kulturell, organisatorisch und personell zu etablieren. Dass sich DIE LINKE dabei auf das Vertrauen vieler Hessen und die Solidarität vieler Genossen verlassen kann, das haben die Wahlergebnisse und Wahlkampflebnisse bewiesen.

Veranstaltungen

- **Sonnabend, 14.2., 10 Uhr**
Kiezspaziergang rund ums Ostkreuz mit Christina Emmrich; Treffpunkt: Brücke Markt-/Ecke Schreiberhauer Straße
- **Sonntag, 15.2., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Über linke Bildungskonzepte“, mit Steffen Zillich, MdA, und Dr. Hans Dahlke
- **Dienstag, 17.2., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Donnerstag, 26.2., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Sonnabend, 28.2.**
Europa-Parteitag der LINKEN, Essen
- **Sonntag, 1.3.**
Vertreterversammlung der LINKEN für die Wahl ihrer Kandidaten für das Europa-Parlament, Essen
- **Freitag, 3.4., 10–12 Uhr**
Dr. Gregor Gysi zu Gast in der Veranstaltung „Der besondere Freitag“ in der Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

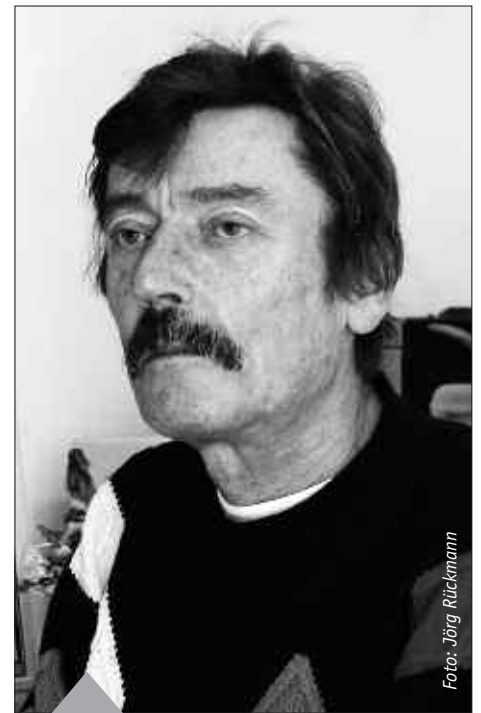
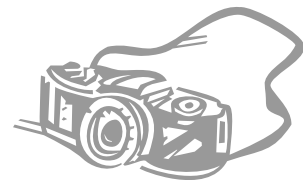


Foto: Jörg Rückmann

Wolfgang Schmidt, als langjähriger Geschäftsführer der Lichtenberger LINKEN „die Seele des Geschäfts“, feierte am 24. Januar seinen 60. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch auch von der „info-links-Redaktion“, deren Mitglied Wolfgang ist.



Ja, wo leben wir denn?

2009 werde ein Jahr der schlechten Nachrichten, hatte Bundeskanzlerin Merkel bekanntlich geunnt. Und ihre Regierung tut oder unterlässt alles, was dies ändern könnte. DIE LINKE findet sich damit nicht ab, wie die nachstehende Auswahl von Meldungen zum Agieren der LINKEN innerhalb und außerhalb des Bundestages belegen. In den Medien ist freilich wenig davon zu finden.

Arm trotz Arbeit

In Berlin müssen laut DGB 55 232 Vollzeit-Beschäftigte ihren Lohn mit Hartz-IV aufstocken. Hinzu kommen 23 075 Teilzeitkräfte, die zwar mehr als 400 Euro im Monat verdienen, davon aber nicht leben können. Das Lohn-Dumping in Berlin-Brandenburg kostet den Steuerzahler 58 Mio. Euro im Monat. DIE LINKE fordert: Von seiner Arbeit muss man leben können.

Dramatische Neuverschuldung

Das Konjunkturprogramm sei ein reines Verschuldungs- und Umverteilungsprogramm, kritisierte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Gesine Lötzsch. „CDU und SPD nehmen eine dramatische Neuverschuldung in Kauf, um Wählerstimmen zu gewinnen. Wie diese gigantische Neuverschuldung abgebaut werden soll, wird erst nach der Bundestagswahl entschieden.“

DIE LINKE fordert, dass das Konjunkturprogramm gegenfinanziert wird. Das sei auch sehr gut möglich, z. B. durch eine Millionärsteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuer.

Umverteilung geht weiter

„Das Programm der Koalition hat eine schwere soziale Schieflage. Unternehmen, Reiche und Vermögende werden weiter entlastet, Normalverdienende nur lächerlich entlastet, Geringverdiener, Rentner und Bezieher von Sozialleistungen gehen weitgehend leer aus,“ erklärte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi. „Das Hauptproblem ist und bleibt, dass die Finanzkrise auch von einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich verursacht wurde und nicht eine einzige Korrektur vorgenommen wird. Kein Mega-Reicher, der Nutznießer der Krise ist, muss auch nur einen Euro zu ihrer Bewältigung zahlen.“

Was sagt die LINKE zur Krise, und was tut sie dagegen, wollen ihre Wähler wissen

Von den für 2009 und 2010 vorgesehenen Steuersenkungen fallen auf die Bezieher von niedrigen Einkommen (bis 10 000 Euro, bei Verheirateten bis 20 000 Euro) insgesamt 150 Millionen Euro. Gutverdiener (mit über 53 000 Euro bzw. 106 000 Euro bei Verheirateten) hingegen bekommen 1 450 Millionen Euro, also fast das Zehnfache, an Einkommensteuerentlastung.

Rentner sollen bluten

Bundestagsabgeordnete von SPD und Union forderten in der Bild-Zeitung Rentenkürzungen aufgrund der Finanzkrise. Volker Schneider, rentenpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag, sagte dazu: „Die von der rot-grünen Bundesregierung seit 2001 durchgesetzten Rentenkürzungen haben bereits jetzt massive Auswirkungen auf die Alterseinkommen. Allein die „Renten-Nullrunden“ in den Jahren 2004 bis 2006 sowie niedrige Rentenanpassungen in den Jahren 2007 und 2008 haben dazu geführt, dass die Renten rund 10 Prozent an Wert verloren haben.“ DIE LINKE fordert statt erneuter Rentenkürzungen eine sofortige Erhöhung der Renten um vier Prozent.

Kaum mehr Arbeitsplätze

Zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung sagte Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag: Zum erwarteten Einbruch der Wirtschaftsleistung um über zwei Prozent stellt der Wirtschaftsminister fest, „dass die im Konjunkturpaket der großen Koalition vorgesehenen Maßnahmen nicht geeignet sind, Produktion und Beschäftigung zu stabilisieren“. Das zögerliche und kleinkarierte Handeln der Kanzlerin und ihres

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 25. Februar, 16 Uhr, Bürgerhaus Welsekiez, Welsestraße 30
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 12. Februar, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum, Fennpfuhl
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 26. Februar, 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 4. März, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und immer montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, 18. Februar, 17 Uhr, Nachbarschaftstreff, Anna-Ebermann-Straße 26, sowie 2. März, Abgeordnetenhaus, Raum 417 a

Wir bieten auch Termine nach Vereinbarung an und kommen gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Kabinetts ist daher mitverantwortlich für den zu erwartenden starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Not für viele Menschen.“ Inzwischen ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar um 300 000 gestiegen. Mehr als 400 000 Beschäftigte sind von Kurzarbeit betroffen und bekommen weniger Lohn.

Auswahl: Martin Walter



Foto: Martin Walter

Krise und Demokratie

von Gesine Lötzsch, MdB

In diesem Jahr besteht die Bundesrepublik 60 Jahre, die DDR ist seit 20 Jahren Vergangenheit. In vielen Reden werden wir Würdigungen von 60 Jahren Demokratie erleben. Für mich ist eine wichtige Frage, wie die Demokratie in der Krise funktioniert.

Meine Erfahrung der letzten Monate besteht darin, dass in Krisenzeiten – wo sich die parlamentarische Demokratie eigentlich bewähren müsste – Einschränkungen selbstverständlich scheinen. Volksvertreter, die nach Rechtsgrundlagen von Regierungsentscheidungen fragen, werden als kleingeistige Störenfriede hingestellt.

Beispiel: Abwrackprämie

Seit Anfang Januar werben die Autohäuser mit der „Abwrackprämie“. Für diese wird der Bund 1,5 Milliarden Euro – ausreichend für 600 000 neue Autos – zur Verfügung stellen. Diese Summe hört sich angesichts der Bankenhilfen zwar bescheiden an, muss aber irgendwo herkommen. Das Parlament müsse das eben rückwirkend (!) beschließen, hieß es nach einer heftigen Auseinandersetzung im Haushaltsausschuss. Was ist aber, wenn die Autohändler mehr als 600 000 neue Autos verkaufen? Wer trägt dann das Risiko? Und:

Wer zahlt die Zeche?

Wo kommt das Geld her, das plötzlich in großen Mengen an „notleidende Banken“ und ins Trudeln geratene Konzerne ausgereicht wird? Es ist doch ein irrer Kreislauf. Die Banken bekommen vom Staat frisches Geld, damit sie untereinander, aber auch dem Staat Kredite geben können. Die Reichen werden durch diesen Mechanismus immer reicher.

Gerechtigkeit gegen die Krise

DIE LINKE fordert, die Krise zu nutzen, um neue Regeln aufzustellen. Dazu gehört eine strenge staatliche Regulierung der Finanzmärkte. Wir wollen Wirtschaftsdemokratie und als Voraussetzung dafür Eigentumsrechte an großen Betrieben an Belegschaften übertragen. Genossenschaften müssen gefördert, Währungsspekulationen unterbunden, Steueroasen endlich geschlossen und strikte Regelungen für den internationalen Kapitalverkehr erlassen werden. Dies forderte bereits 1998 der damalige Finanzminister Oskar Lafontaine. Er wurde daraufhin von der briti-



Der rote Traktor am Stand der LINKEN war auch in diesem Jahr wieder ein Anziehungspunkt auf der Grünen Woche. Begeistert waren auch die drei Bundestagsabgeordneten der LINKEN Gesine Lötzsch (Mitte), Kirsten Tackmann (auf dem Traktor) und Karin Binder.

schen Boulevardpresse zum „gefährlichsten Mann Europas“ erklärt. Hätte man damals nur auf ihn gehört, werden sich jetzt viele Sozialdemokraten im Stillen sagen. Öffentlich aber beschimpft SPD-Chef Müntefering DIE LINKE auf die unqualifizierteste Art und Weise.

Prekäre Beschäftigung

Das Ziel „Gute Arbeit“ scheint in weite Ferne zu rücken. 25 Prozent der Berufstätigen arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen, in Ostdeutschland sind es sogar 41 Prozent. Viele haben es selbst erlebt – oder kennen Ein-Euro-Jobber, unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte, Unterbezahlte. Diejenigen, die die Krise zuerst spüren, sind die Leiharbeiter.

Darum setzt sich die Fraktion DIE LINKE dafür ein, gerade in Krisenzeiten für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Unsere Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn für alle sind darum aktueller denn je.

Solidarität mit Emmely

Schicksale sind immer ganz konkret: Eine Kassiererin bei „Kaiser’s“ in Hohenschönhausen hatte sich am Streik beteiligt. Kurze Zeit später verlor sie ihren Arbeitsplatz per Verdachtskündigung. Das Instrument der Verdachtskündigung zeigt, wie in unserem Rechtssystem mit zweierlei Maß gemessen wird. Während Manager, die einen großen volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet haben, häufig noch mit dicken Abfindungen entschädigt werden,

kann eine Kassiererin nach 31 Arbeitsjahren wegen eines angeblich unberechtigt eingelösten Pfandbons ihren Arbeitsplatz verlieren. Inzwischen hat sich ein Solidaritätskomitee für Emmely gebildet. Auch ich habe an einigen Veranstaltungen teilgenommen und bewundere die Zähigkeit und den langen Atem der Unterstützer. Ich hoffe, dass die Solidarität so lange währt, bis Emmely wieder in ihrem Beruf arbeiten kann.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787

● Sprechstunde:

23. Februar, 17 Uhr, Bürgerbüro (bitte anmelden!), sowie nach Vereinbarung

Die in Lichtenberg wohnenden Europaabgeordneten bieten Termine nach Vereinbarung an: **Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann** (Europabüro Unter den Linden 50, 10117 Berlin, ☎ 2277 1406); **Sahra Wagenknecht** (Europabüro Krossener Straße 9, 10245 Berlin, ☎ 2123 8998).

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



Buchtipps



Paradies der Begegnungen

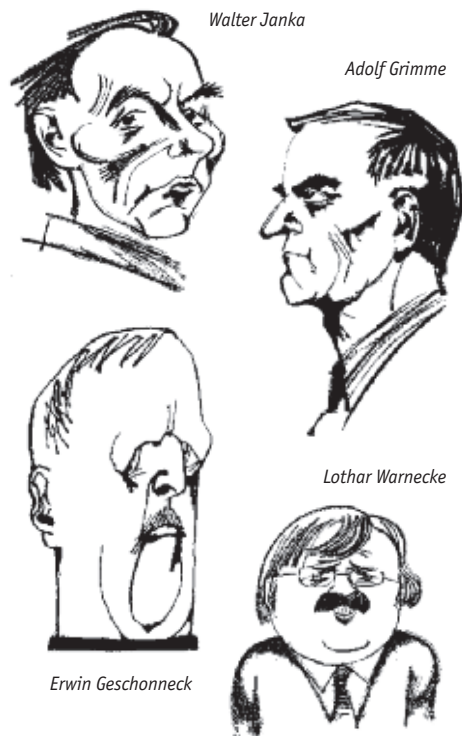
Ein Ort am Rande Berlins – und eine einzigartige Kulturlandschaft, in der sich einigermaßen wohlhabende Kleinbürger, Beamte und Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst ansiedelten: Kleinmachnow. Hier begegneten sich mehr Berühmtheiten als in Worpswede und Ahrenshoop zusammen, hier lebten sie aber nicht unter sich, sondern in Nachbarschaft mit „gewöhnlichen Leuten“.

Der Karikaturist Harald Kretzschmar – selbst seit 1956 Einwohner von Kleinmach-

now – hat Gesichtszüge und Lebensläufe seiner Mitbürger aus Vergangenheit und Gegenwart mit Schreibgerät und Zeichenstift festgehalten. Eigenwillige Charaktere treffen hier aufeinander: Arnold Schönberg, Paul Henckels, Robert Havemann, Walter Janka, Agnes Kraus, Karl-Heinz und Sibylle Gerstner, Herbert Köfer und Chris Doerk wohnten und wohnen hier zu verschiedenen Zeiten – das ist nur eine kleine Auswahl.

So ist ein ganz besonderes Geschichtsbuch entstanden. Und da die längste Zeitspanne in der Existenz des Ortes die Jahre 1945–1990 waren, ist das Buch auch ein Spiegelbild des Alltagslebens in der DDR und dürfte nicht allein ehemalige und heutige Kleinmachnower interessieren.

Inge Junginger



- Harald Kretzschmar: **„Paradies der Begegnungen. Der Künstlerort Kleinmachnow“**, mit Porträtzeichnungen des Autors, Faber & Faber, Leipzig 2008, 287 Seiten, ISBN 978-3-86730-082-7, 19,90 €

Kultur im Bezirk

- **Büchertrödel**
 - Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Str. 9, immer freitags, 9–19 Uhr,
 - Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14, jeden ersten Montag im Monat, 14–19 Uhr,
 - Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149, täglich
- **Donnerstag, 5.2., 19.30 Uhr**

„Text trifft Musik – für Freunde des Jazz und der Literatur“, mit Volker Braun und Ernst-Ludwig Petrowsky, Eintritt 6 €/erm. 3 €; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 6
- **Freitag, 6.2./Sonnabend, 7.2., 20 Uhr**

„wieKRIEGichFRIEDEN – nachdenkenswertes Aktualitäten; Zimmertheater Karlshorst, Treskowallee 112
- **Donnerstag, 12.2., 19 Uhr**

Harald Kretzschmar liest aus seinem Buch „Paradies der Begegnungen“; Karl-Liebnecht-Haus, Rosa-Luxemburg-Platz
- **Donnerstag, 12.2., 19.30 Uhr**

Walter Baumann liest Charles Bukowski, Eintritt 6 € (Vorverkauf 5 €); Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **noch bis Freitag, 20.2.**

„working for paradise“, Heiner Müller zum 80. Geburtstag, Arbeiten von Rosella Biscotti, Fritz Fabert und Lian Juhui; Raum Junge Kunst: „stencils“ von Toni Handke; Ratskeller Lichtenberg
- **Sonnabend, 21.2., 19 Uhr**

Jazz mit der First-Class-Swing-Band, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Montag, 23.2., 11 Uhr**

Uraufführung: „Die Kindertransporte“, anschließend Publikumsgespräch; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Montag, 23.2., 19 Uhr**

Martina Rellin liest aus ihrem Buch „Ich habe einen Liebhaber“; Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14
- **Dienstag, 24.2., 10 Uhr**

Premiere: „Peterchens Mondfahrt“; Theater an der Parkaue
- **Mittwoch, 25.2., 19 Uhr**

Ausstellungseröffnung: Joachim Seifert, Malerei; Galerie 100, K.-Wolf-Straße 99
- **Donnerstag, 26.2., 19 Uhr**

Charlotte Kuttke erzählt, singt und spielt „Geschichten ohne Namen“, Eintritt 3 €; Studio Bildende Kunst, J.-Sieg-Straße 13
- **Dienstag, 3.3., 19 Uhr**

Ausstellungseröffnung: „Konstruktive Welten“, Grafik von Gisela Grade und Detlef Olschewski; Kulturhaus Karlshorst

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 1/09: 30.1.2009

Redaktionssitzungen für Ausgabe 2/09:

Mittwoch, 11.2. und 25.2., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 23.2.

Die nächste Ausgabe erscheint am 5.3.2008

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.